

## Die Kundgebung der Herrenhausparteien für die Delegationen.

### Die Beratung in der Gruppe der Mittelpartei.

Wien, 9. Oktober.

Ueber die Sitzung der Mitglieder der Mittelpartei des Herrenhauses am 6. d. erfahren wir: Die Sitzung wurde mit der dankbarsten Erinnerung an die Leistungen der Armee und mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser eingeleitet. Hernach ist die folgende Depesche an den als General der Kavallerie und Korpskommandanten an der Front stehenden Obmann Fürsten Schönburg gerichtet worden:

„Die versammelten Mitglieder der Mittelpartei dauern lebhaftest, den mit ihr unzertrennlich verbundenen Obmann nicht in ihrer Mitte begrüßen zu können und danken herzlichst für seine Grüße. Wir sind stolz darauf, in ihm den Führer im Frieden und zugleich den Helden der Magura sowie einen der ausgezeichnetsten Korpskommandanten unserer unvergleichlich tapferen Armee zu verehren. Wir sehnen uns danach, ihn wieder an unserer Spitze zu sehen.“

Darauf ist folgende Antwort eingetroffen: „Tief gerührt über die Begrüßung der Mittelpartei bitte ich meinen innigsten und wärmsten Dank entgegenzunehmen und denselben unseren Parteifreunden zu übermitteln. Schönburg.“

Die Beratung der Gruppe dauerte vormittags von 10 bis 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 5 Uhr. An derselben beteiligten sich die Mitglieder Freiherr v. Berger, Freiherr v. Czedit, A. Escher, Abt Helmer, Dr. Klein, Hofrat Lammasch, Prinz Liechtenstein, Graf Lützow, Graf Meran, Graf Nostitz, Baron Skene und Dr. v. Wittel. Mehrere Redner ergriffen wiederholt das Wort.

In der Debatte wurde unter anderem geltend gemacht, daß es notwendig wäre, unseren Feinden gegenüber in einer eindrucksvollen Kundgebung festzustellen, daß in dem uns aufgezwungenen Kriege alle Völker der Monarchie zu einander stehen und durchzuhalten entschlossen sind. Von einzelnen Rednern wurden andererseits Bedenken gegen die Opportunität einer Einberufung der Delegationen im gegenwärtigen Augenblick vorgebracht.

Bei der Abstimmung wurde von den versammelten 41 Mitgliedern die bekannte gemeinsame Resolution mit 36 gegen 5 angenommen. Von allen Rednern wurde der Leitung der Partei der Dank für die Einberufung der Sitzung ausgesprochen. Es wurde der Wunsch geäußert, gegebenenfalls neuerlich die Gruppe zur Beratung einzuberufen.

### Die Haltung der czechischen Parteien.

Wien, 9. Oktober.

Ueber die Beschlüsse der czechischen Sozialdemokraten liegt uns folgender Bericht vor:

Unter Vorsitz des Abg. Dr. Smeral fand Samstag in Prag eine gemeinsame Konferenz des Vorstandes des Klubs der czechischen sozialdemokratischen Reichsratsabgeordneten und des Vollzugsausschusses der czechischen sozialdemokratischen Partei statt, an der gleichzeitig die geladenen Vertreter des Presseauschusses und der Landesrekultivationsausschüsse der Partei in Böhmen, Mähren, Niederösterreich und Schlesien teilnahmen. Nach dem Referate des Abg. Tuszar wurden folgende Entschlüsse angenommen:

Das Präsidium des Klubs der czechischen sozialdemokratischen Abgeordneten und der Vollzugsausschuss der czechischen sozialdemokratischen Partei veröffentlichten gleich zu Beginn der Weltkriege, unmittelbar vor der Kriegserklärung am 26. Juli 1914 eine Kundgebung, durch die die Einberufung des Reichsrats gefordert wurde. Es ist selbstverständlich, daß die czechische Sozialdemokratie nach wie vor auf der prinzipiellen

Forderung des Parlamentarismus beharrt. Allerdings hat sie im Sinne einen wahren Parlamentarismus mit voller Freiheit des Wortes und der Presse, mit der Immunität der Abgeordneten, mit Einfluß auf die Exekutive und mit allen übrigen Voraussetzungen, die eine unerläßliche Vorbedingung des Einflusses und der Verantwortlichkeit des Parlaments bilden. Ebenso erachten wir es als selbstverständlich, daß in einer Zeit, wo der Staat einen Verteidigungskrieg gegen die Uebermacht der Feinde führt, das Parlament die Lebensinteressen des Staates berücksichtige und daß auch über diesen Punkt feste Garantien beschafft werden müßten.

Jede ernste dahin abzielende Aktion kann mit unserer wertvollsten Unterstützung rechnen. Einen solchen Eindruck erweckt bei uns jedoch keine der beiden konkreten Aktionen, die in letzter Zeit einerseits in Ungarn, andererseits bei uns ins Leben gerufen worden sind. Im Gegenteil. Diese Aktionen, die viele Symptome einer wechselseitigen inneren Zusammengehörigkeit zeigen, sind in ihren Beweggründen und Zielen viel zu unklar, als daß es unserer Partei möglich wäre, ihnen gegenüber einen anderen Standpunkt einzunehmen, als den abwartenden Standpunkt der Vorsicht und Zurückhaltung. Kamentlich aber erachtet es die Partei, für unmöglich, daß ohne Parlament die Delegation in der Zusammenberufung einberufen werde, die durch die Wahl im Jahre 1913 geschaffen wurde.

Man meldet uns aus Brünn: In der Frage der Reichsratsinberufung sind die Meinungen der czechisch-lexikalischen Mährens geteilt. Die Abgeordneten sind unter gewissen Voraussetzungen für die Einberufung. Nichtsdestoweniger nimmt das Hauptorgan der czechisch-lexikalischen Partei, der Brünner „Glas“, gegen den Plan der Reichsratsinberufung Stellung. Ein Parlament, in dem vierzig Mandate unbesetzt sind, sei ein Kumpfparlament. Wenn es zusammentreten würde, müßte es selbst seine Ergänzung auf dem verfassungsmäßigen Wege fordern. Ganz richtig habe Abg. Pachar am 1. Oktober in Wien gesagt, daß es zwar sehr vollständig sei, nach der Einberufung des Parlaments zu rufen, daß aber keine Hoffnung auf eine fruchtbare, ruhige und erhebende Tagung bestehe. Es würden die nationalpolitischen Schwierigkeiten ganz sicher wieder auf der Wildflucht erscheinen. Auch im österreichischen Parlament würde man viel reden und wie reden. Man würde über Sachen sprechen, über die heute nicht debattiert werden könne, weil es nicht möglich ist, darüber genaue Informationen zu erteilen. Zu einer Aussprache in camera caritatis werde die vom Parlamentspräsidium einberufene Obmannerkonferenz genügen. Die Sehnsucht nach der Öffentlichkeit dürfte den verantwortlichen Faktoren kaum imponieren, denn es war nicht die Regierung, die das Parlament beiseite hat, das Parlament hat sich gegen den Willen der Regierung erschlagen und damit selbst den heutigen Stand herbeigeführt.

Der christlichsoziale „Den“ erklärt sich für die Einberufung des Reichsrates, den Standpunkt der czechisch-agrarischen Partei bezeichnet er als recht bequem. Es gebe viele Gründe, die für die Einberufung des Reichsrates sprechen. Das Abgeordnetenhaus ist die höchste Volkstribüne, dort sei der Platz, an dem man ernst im Namen des Volkes sprechen, seine Wünsche vortragen, sein Recht vertreten könne. Wer also aus irgendeinem Grunde gegen die Einberufung des Reichsrates ist, sei sich seiner Verantwortlichkeit nicht bewußt und stehe nicht auf der Höhe der Zeit.